

Erklärung der Verfassungsstädte Frankfurt am Main, Weimar und Bonn

„Der Blick in die Vergangenheit zeigt, wie mühevoll, opferreich, verschlungen und voller Rückschläge die Wege zu Freiheit und Demokratie einst gewesen sind. Dieses Wissen lässt uns den Wert des Erreichten besser erkennen.“

(Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Empfang der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ im Schloss Bellevue am 8. Oktober 2021)

Anlässlich des 175. Jahrestages des Zusammentritts der Frankfurter Nationalversammlung bilden die Orte der Demokratiegeschichte Frankfurt am Main, Weimar und Bonn das Netzwerk Verfassungsstädte.

Die Partner geben folgende Erklärung ab:

Das Netzwerk Verfassungsstädte bekennt sich zu seiner gemeinsamen Demokratiegeschichte.

Frankfurt am Main, Weimar und Bonn sind die Orte der deutschen Demokratiegeschichte, in denen die großen deutschen Verfassungen von 1849, 1919 und 1949 entstanden sind. Die Mitglieder des Netzwerkes übernehmen gemeinsam Verantwortung, das Wissen um diese Vergangenheit aktiv zu bewahren.

Das Netzwerk Verfassungsstädte unterstützt die Erforschung der Demokratiegeschichte.

Die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte leistet einen wichtigen Beitrag, die Gesellschaft und das politische System der Bundesrepublik zu stärken. In diesem Bewusstsein nehmen die Mitglieder des Netzwerkes die Aufgabe an, erinnerungskulturelle Arbeit aktiv zu unterstützen, um die Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft nutzbar zu machen.

Das Netzwerk Verfassungsstädte engagiert sich für die Vermittlung von Demokratiegeschichte.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Grund- und Menschenrechte sind nicht selbstverständlich. Vielmehr müssen die Errungenschaften der Demokratiegeschichte immer aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Die Mitglieder des Netzwerkes leisten ihren Beitrag, indem sie aktiv Projekte und Institutionen unterstützen, die auf dem Gebiet demokratiegeschichtlicher Vermittlungsarbeit tätig sind.

Das Netzwerk Verfassungsstädte verpflichtet sich zur gemeinsamen Kooperation.

Sowohl zur Erarbeitung demokratiegeschichtlicher Projekte als auch zur Verknüpfung von Institutionen bedarf es des ständigen Austauschs. Die Mitglieder im Netzwerk Verfassungsstädte verpflichten sich daher, alljährlich zusammenzutreten und die Kooperation darüber hinaus aktiv zu gestalten. Organisiert wird das Forum Verfassungsstädte von der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte (GEDG), in Kooperation mit der Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte und der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratiegeschichte.

Frankfurt am Main, 19. Mai 2023

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main
Der Oberbürgermeister der Stadt Weimar
Der Oberbürgermeister der Stadt Bonn